



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/Y/164 - 20.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Lage an der Saar	S. 1
Die Schweiz und die Atomstrategie	S. 4
Alarmruf aus Asien/Bericht aus Genf	S. 6
Dohlens Unbehagen	

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 91-93
Fernschreiber 039 890

Saarkommission und Saardemokratie

Von Dr. Karl Henner, MdB

Die Nachricht, dass die zur Überwachung des Referendums an der Saar eingesetzte Kommission der Westeuropäischen Union die von Saarlandtag verabschiedeten Gesetze über Vereins-, Presse- und Versammlungsfreiheit und über die Organisation des Referendums für ausreichend und in Übereinstimmung mit dem Statut gefunden habe, hat uns nicht überrascht. Es sind dieselben Gesetze, die von allen Deutschen, die sich mit ihnen beschäftigt haben, scharf und sündtätig kritisiert worden sind. Es wird sich jetzt die von uns bei dem Kampf um das Saarstatut gemachte Voraussage bewahrheiten, dass die Sache der Freiheit der Saardeutschen bei der Westeuropäischen Union so gut oder besser so schlecht aufgehoben ist, wie beim Europarat.

Der Europarat war jahrelang mit dem deutschen Protest gegen die politischen Verhältnisse an der Saar befasst, wo es Deutschland nicht erlaubt ist, frei ihren Wunsch zu äußern, Deutsche bleiben zu wollen. Der Europarat hat in Berichten aktenkundig gemacht, dass er an der Saar die demokratischen Freiheiten im wesentlichen Sinne nicht gibt. In dem Abkommen über die Saar wird die Unterdrückung sogar vortragskundig, durch die Bestimmung, dass drei Monate vor der nächsten Volksbefragung, die Genehmigungspflicht für Parteien, Zeitungen und Versammlungen fallen muß. Der Europarat hat diese Verstöße gegen westliche Grundsätze im allgemeinen und gegen seine Statuten und seine Menschen-

rechtskonvention im besonderen festgestellt, ohne auch nur den Wunsch nach ihrer Beseitigung auszudrücken. Er hat die demokratische Bewährungsprobe nicht bestanden und seine Beteuerungen über das Recht des deutschen Volkes auf freie Wahlen und Wiedervereinigung in ein eigenartiges Licht gerückt. Das konnte sich nicht dadurch ändern, dass ein Ausschnitt aus der politischen Kräfte des Europarates nun in der Westeuropäischen Union unter einem anderen Namen erscheint.

Für die Sicherung der demokratischen Freiheiten an der Saar gab es nur ein Mittel, dass der Kanzler nicht hat erreichen wollen oder können. Sie mußten im Vertrag selbst einwandfrei definiert werden, was juristisch keinerlei Schwierigkeiten gemacht hätte. Unmöglich mußte es von vornherein erscheinen, mit der Definition der Freiheit die Unterdrücker der Freiheit zu beauftragen, nämlich den aus unfreien Wahlen hervorgegangenen Landtag, und die von der französischen Gesatzungsmacht eingesetzte Saarregierung, allen voran der französische Polizeiminister Hector. Wenn die Bundesregierung ein solches Verfahren annehmbar fand, muß man sich nicht wundern, wenn die Kommission jetzt Übereinstimmung mit dem Statut feststellt.

Wo bleibt der Protest Bonns?

In der Tat scheint uns die Übereinstimmung mit dem Statut bis auf einen Punkt gegeben zu sein. Durch die Durchführungsbeschlüsse des Rates der WEU zum Saarabkommen war in Artikel 8 festgelegt worden:

"Die Abstimmungsordnung hat die Bestimmungen zu enthalten, die notwendig sind, um allen Parteien gleiche Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten auf den Gebieten des Presse-, Rundfunk-, Fernseh-, und Versammlungswesens und allgemein, hinsichtlich jeder Art von Werbung zu gewährleisten."

Aus dieser Festlegung positiver, gleichmäßiger Beteiligung haben die Separatisten für Rundfunk- und Fernsehen eine negative Gleichstellung gemacht.

In Paragraph 31 des Gesetzes über die Durchführung der Volksbefragung heißt es nun:

"Rundfunk und Fernsehstationen dürfen während des Abstimmungskampfes keiner Partei zur Verfügung gestellt werden."

wobei natürlich die Regierung nicht unter Parteien fällt, und so das separatistische Rundfunkmonopol weiter gesichert wird. Sollen wir so kleinlich sein, zu bemerken, dass die Umtaufung des, wie es offiziell heißt, Abkommens über das Statut der Saar in "Europäisches Statut für das Saarland" unbemerkt geblieben zu sein scheint. Es sollte Sache der Bundesregierung sein, hier zu protestieren. Ihre Vertreter haben immer heftig protestiert, wenn das Statut als ein Europäisierungsstatut interpretiert wurde.

"Freiheitsgesetze" sind Verbotsgesetze

Darüber hinaus dürfte es schwer sein, der Kommission Vorwürfe aus der Tatsache zu machen, dass die "Freiheitsgesetze" der Saarinstanzen in Wirklichkeit Verbotsgesetze sind. Sie mußte sich durchaus noch darum bemühen, dass die politisch Ausgewiesenen und solche Saardeutschen,

Wenn die Rückkehr ins Saargebiet verweigert wurde, sich ungehindert am Abstimmungskampf beteiligen können, aber gegen die undemokratischen Bestimmungen der Gesetze, die in der Bundesrepublik so heftig angegriffen wurden, könnte sie nur kraft ihrer kompromißlosen demokratischen Gesinnung, nicht aber kraft Auftrags der Westeuropäischen Union protestieren.

Wir können also durchaus unterstellen, dass den fünf Herren der Kommission die Haare zu Berge gestanden haben, als sie zum Beispiel lesen, dass nach dem Vereins- und Parteigesetz (§ 6) Gewerkschaften, die auch unter den Begriff Verein fallen, von den unteren Verwaltungsbehörden, in deren Bereich die Gewerkschaft ihren Sitz hat, mit der Behauptung, die Gewerkschaft habe gesetzeswidrig gehandelt, aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt, und bis zur rechtskräftigen Entscheidung treuhänderisch verwaltet bzw. Dritten (lies separatistische Konkurrenzgewerkschaft) zur Verwaltung übertragen werden kann. "Ein gegen die Auflösung eingelegtes Rechtsmittel hat keine aufschiebende Wirkung." So sagt das Gesetz. Das Rechtsmittel ist übrigens die Verwaltungsbeschwerde bei einem Gericht, das von der Partei im Streit, der separatistischen Regierung, mit zuverlässigen Leuten, zum Teil französischer Nationalität, zusammengesetzt wurde. Sollten den Herren die Haare nicht zu Berge gestanden haben, dann lesen sie den Paragraphen vielleicht nochmals durch und vergleichen ihn mit ihrer entsprechenden nationalen Gesetzgebung.

Ankläger und Richter zugleich

Über das "rechtsstaatliche" Verhalten des Saarregimes gegenüber den Gewerkschaften hat die Kommission auch Anschauungsunterricht bekommen, als der Saarlandtag in das gegen die verbotene Bergarbeitergewerkschaft schwebende Streitverfahren beim Oberverwaltungsgericht eingriff und durch Gesetz bestimmte, dass das Vermögen der wegen anti-separatistischer Haltung verbotenen Gewerkschaft der neugegründeten separatistischen Bergarbeitergewerkschaft übertragen wurde - wie einst im Mai, vom freien Gewerkschaftsamt auf die Arbeitsfront. Wahrscheinlich hat die Kommission sehr wohl gesehen, wie ungewöhnlich die Verbotsbestimmungen des Gesetzes über die Parteien sind.

Von den Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union kennt nur die Bundesrepublik ein Parteienverbot, das von einem unabhängigen Gericht nur gegen Parteien mit diktatorischer Absicht ausgesprochen werden kann. Im Saargebiet soll unbeschadet weitergehender späterer Bestimmungen, die in Paragraph 15 angekündigt werden, eine Partei auf Antrag von Innenminister Monsieur Hector vom Oberverwaltungsgericht verboten werden können, wenn sie nach Meinung des Klägers und des Gerichtes gegen Gesetze verstößt, oder "die Partei nachweisbar von Stellen oder Personen außerhalb des Saarlandes mittelbar oder unmittelbar Beihilfen oder Unterstützung angenommen hat". Natürlich ist hier nicht an die im französischen Haushalt und im Haushalt des in ein anderes Protektorat verzogenen Herrn Grandval eingestellten Mittel zur Beeinflussung der Politik im Saargebiet gedacht. Das Oberverwaltungsgericht kann gegen die demokratischen deutschen Parteien ein Mittel ergreifen, das unser Verfassungsgericht gegen die Kommunisten nicht hat. "Es kann" im Wege einer einstweiligen Verfügung die Betätigung der Partei bis zur endgültigen Entscheidung der Klage untersagen und die vorläufige Beschlagnahme des Vermögens anordnen." Entsprechend sind die Bestim-

20.7.1955

nungen des Pressegesetzes und des Versammlungsgesetzes, deren Analyse wir uns hier versagen müssen.

Was die Demokraten erwarten

Der Bundesaußenminister hat eine Vertagung der Entscheidung über die Zulänglichkeit der Gesetze und das Beginnen der Dreimonats-Freizeitsfrist erreicht. Wer die Verbesserung der Gesetze erreichen will, wird sehr zäh sein müssen, aber die deutschen Demokraten erwarten gerade von ihrem neuen Außenminister, dass er hier Beweise seines Könnens ablegt. Dabei wird er ein inner geneigtes Ohr für diejenigen haben müssen, für die die nichtdeutschen europäischen Demokraten sich als so taub erwiesen haben, nämlich für die Vertreter der unterdrückten Deutschen an der Saar selbst. Soweit er kämpft, wird er sie und alle Deutschen hinter sich haben.

* * *

Schweizer Armee gräbt sich ein

Von unserem Mitarbeiter aus der Schweiz

Während Schweden, das ja als ebenfalls neutrales Land sehr oft mit der Schweiz verglichen wird, in militärischer Hinsicht schon seit geraumer Zeit eine Politik des "Sich-eingrabens" betreibt, hat man in der Schweiz über die normalen Festungsbauten hinaus erst vor kurzem - und wesentlich unter dem Eindruck der Entwicklung auf dem Gebiete der nuklearen Waffen - damit begonnen, im Innern der Alpen riesige "Unterstände" für die Armee zu bauen, die Schutz gegen Atombomben bieten. Vor allem bemüht man sich, die Luftwaffe völlig in die Berge hinein zu verlegen, und zwar sowohl weil diese besonders gefährdet ist und besonders leicht ausgeschaltet werden kann, als auch, weil man bei der geplanten Reform der Armeestruktur die Luftwaffe verstärken will.

So ist man nun daran gegangen, im Berginnern ganze Flugzeughallen aufzubauen, und die erste konnte dieser Tage der Presse gezeigt werden. Es handelt sich dabei um eine Halle, in der eine ganze Flugzeugstaffel mit mehreren Dutzend Maschinen Platz hat. Außerdem befinden sich im Berginnern auch die Mannschaftsräume sowie die Reparaturwerkstätte, die Überholungsräume sowie Munitions- und Treibstoffreserven, so dass also der ganze Flugplatz, abgesehen von den Pisten, in den Berg verlegt worden ist. Der Zugang zu der unterirdischen Flugzeughalle wird durch

schwerste Panzertüren vermauert, denen auch eine Atombombenexplosion nichts anhaben kann.

Im Zuge dieser Vergrabungsaktion ist man auch daran gegangen, in den Bergen riesige Lager für Treibstoffe anzulegen. Da die Schweiz im Kriegsfall damit rechnen muß, nur noch in beschränktem Umfang - wenn überhaupt - vom Ausland mit Brenn- und Treibstoff beliefert zu werden, ist sie darauf angewiesen, rechtzeitig genügend große Reserven anzulegen. Zu diesem Zwecke wurde ein großes Tankbauprogramm ausgearbeitet, dessen Kosten rund 110 Millionen Franken betragen werden und von dem bereits die Hälfte verwirklicht ist. Die ebenfalls atombombensicher im Berginnern installierten Treibstofftanks haben die Größe von Turnhallen und sollen so viel Reserven an Benzin, Petrol, Schweröl, Heizöl usw. aufnehmen können, dass bei einer völligen Abschneidung vom Ausland der Zivilbedarf für ein Jahr und der Armeebedarf für fünf Kriegsmomente gedeckt werden könnten.

Diese Maßnahmen der Schweiz beweisen, dass man hier in vermehrtem Maße an den Schutz der Armee, ihrer Waffen und der kriegswichtigen Güter denkt, da die beste Armee nichts nützt, falls sie noch vor ihrem Einsatz durch einige Atombomben außer Gefecht gesetzt werden kann. Der Schutz der Zivilbevölkerung ist allerdings ein wesentlich schwerer zu lösendes Problem, und auf diesem Gebiete ist auch in der Schweiz noch wenig geschehen. Es handelt sich natürlich wesentlich um ein finanzielles Problem, doch hofft man, im Zusammenhang mit der - allerdings erst in großen Zügen geplanten - Reform der Armeestruktur Mittel auch für den Ausbau des Zivilschutzes freizubekommen.

*

*

*

Genfer Zwischenbilanz

P.R. Genf

Fast die Hälfte der für die Gespräche der Grossen Vier vorgesehenen Woche ist abgelaufen und nun beginnt der Optimismus, den sie offiziell zur Schau tragen, ein wenig starr und gekünstelt zu wirken. Man hat erkannt, was für ein Wagnis eine Konferenz dieses Typs ist. Wir möchten meinen, dass es allen vier Delegationen während ihres Aufenthalts in Genf noch deutlicher geworden ist, als es ihnen während der Vorarbeiten bereits vor Augen stand. Die Gegenüberstellung unvereinbarer Ansichten, zum Beispiel in der Deutschlandfrage oder in der Beurteilung der NATO und der europäischen Sicherheitsprobleme, ruft Kräfte wach, die auch durch betont lebenswürdige Verhandlungsformen und zurückhaltende Formulierungen schwer zu zügeln sind. Die Mehrzahl der Beobachter an Ort und Stelle weisse das. Daher sind auch die Kommentare der grossen Blätter ein wenig zuversichtlicher gehalten, als es der wahren Stimmung entspricht. Die Weltöffentlichkeit beobachtet nicht nur das Schauspiel, sie macht sich eigene Gedanken über die Konferenzregie.

Aber über diesen behutsamen Spiel sollten wir Deutschen nicht vergessen, dass uns der Konferenzverlauf bereits eine spezielle Lehre erteilt hat. Die Westmächte sind wirklich geschlossen mit ihrem Vorschlag an die Russen herangetreten, sie haben das Gewicht ihrer Einheit in allen wesentlichen Punkten, die die Pariser Verträge und die Möglichkeit, dass Gesamtdeutschland sich dem westlichen Militärblock zugesellt, betreffen, in die Waagschale geworfen. Doch das hat den sowjetischen Standpunkt in keiner Weise verändert. Die bisherigen Antworten Bulganins, der sich doch überaus verhandlungswillig gibt, sind in dieser Hinsicht eindeutig. Er bietet die Wiedervereinigung nur an gegen die Herauslösung Deutschlands aus allen Militärallianzen. Bisher haben wir in Genf nichts gehört und gesehen, was die These des Bundeskanzlers stützen könnte, wir brauchten nur Geduld zu haben, eines Tages werde Moskau unter dem Eindruck der westlichen Einheit "andern Sinnes werden". Die Sprecher des Ostens haben mit gelesener Freundlichkeit sich absolut unbeeindruckt gemeldet.

Unbeschadet dessen sind die Gespräche über ein europäisches Sicherheitssystem, über die NATO und über Edens Idee einer vertraglich zu verbindbaren Rüstungsgrenzungen bei beiderseitigen Kontrollen in Deutschland und in seinen Nachbarländern, in vollen Gange. Es ist noch keine Voraussage darüber möglich, ob die Mächte eine Formel finden werden, die es ihnen erlaubt, solche Gedanken zu verwirklichen und es doch "vorläufig" oder während "einer ersten Phase" bei der Teilung Deutschlands zu lassen. Indessen gibt es Symptome dafür, dass einflussreiche Kräfte am Werk sind, die, wenn nichts dergleichen in den wenigen Tagen realisierbar ist, den vier Grossen vorschlagen wollen, in Ostseisen einen Ausgleich zu suchen.

20.7.1955

Amerikanische Sachverständige hatten von vornherein vermutet, dass ihnen die Sowjets in Genf eindringliche, wenn auch in freundschaftlichem Ton gehaltene Warnungen unterbreiten würden, wegen einer angeblich akuten Kriegsgefahr in der Formosastraße und in Indochina. Nehru hat von Neu Delhi aus tatsächlich selber die Genfer Viermächtekonferenz alarmiert. Er schlägt eine möglichst baldige Fernost-Konferenz vor, unter Einziehung Rotchinas. Gleichzeitig wird aus Paris gemeldet, die französische Diplomatie erwarte, dass Molotow in Genf die Indochinafrage aufwerfen werde. Seit Tagen spricht man im Genfer Pressenhaus von der Möglichkeit, dass Nehrus Sonderbotschafter Krishna Menon, der sich gegenwärtig in London aufhält, nach Genf kommen werde. Man hat sich darauf gefasst, dass diese Vierertreffen dann unversehens auf ein chinesisches Nebengleis geschoben wird.

Von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, dass es unter allen Umständen wünschenswert ist, ein gutes Verhandlungsklima zwischen den Weltmächten zu erhalten, ist diese Annahme nicht so phantastisch, wie es auf den ersten Blick scheint. Wenn die Sowjets in der Lage sind, ihren Konferenzpartnern Material vorzuliegen, aus dem einwandfrei hervorgeht, dass Nehrus Alarmruf begründet ist und dass Rotchina keineswegs blufft, dann kann keine der anderen Delegationen sich dem Argument verschließen, dass Abrüstung, Entspannung und Sicherheitspolitik nur dann in einer "Kette von Folgekonferenzen" erfolgreich behandelt werden können, wenn zunächst der Ausbruch eines schwer lokalisierbaren Konflikts in Ostasien vermieden wird.

Eisenhower und Dulles haben offenbar schon vor ihrer Abreise aus Amerika an die Möglichkeit eines derartigen Versuchs, den Konferenzverlauf abzuändern, gedacht. Sie haben bei ihrer letzten Zusammenkunft vor der Abreise mit den Führern der Kongressparteien diesen versichert, dass sie in Genf nicht über das Schicksal der beiden chinesischen Küsteninseln Quemoy und Matsu verhandeln würden. Senator Styles Bridge, der in einer Fernsehsendung am 17. Juli der Öffentlichkeit darüber Mitteilung machte, fügte hinzu, er sei davon überzeugt, dass der Präsident und sein Außenminister in Genf überhaupt keine spezifisch ostasiatischen Fragen diskutieren würden. Das nämlich dürfe nur geschehen, wenn alle daran beteiligten Länder auch vertreten wären. An vertraulichen Winken gleicher Art an die Adresse der indischen Vermittler wird es nicht gefehlt haben. Ostasien wird also nur dann im zweiten Stadium der Genfer Konferenz einen rettenden Ausweg bieten können, wenn die allgemeine Verlegenheit um ein positives Endergebnis sehr groß geworden sein sollte.

Späte Erkenntnis

sp - Das bisher vernichtendste Urteil über die Tragwürdigkeit der Außenpolitik des Bundeskanzlers ist aus den Reihen der Koalition selbst gefällt worden - nämlich von Dr. Dehler auf einer von der Universität München veranstalteten gesamtdeutschen Versammlung. Vor 1000 Zuhörern sagte Dr. Dehler, es erhebe sich heute die Frage, ob es richtig gewesen sei, zehn Jahre lang jedes Gespräch mit dem Osten auszuweichen, "als ob es sich um einen Leprakranken handele". Man habe das bange Gefühl, als sei die kostbare Zeit ohne "einen Ansatz zu konstruktiver Außenpolitik nach Osten verstrichen".

Das sind schmerzliche und späte Erkenntnisse eines Mannes, der als Führer der zweitstärksten Koalitionspartei einen wesentlichen Anteil an jener Politik hat, die zuviel bundesrepublikanisch und zu wenig gesamtdeutsch ist. Bessere Einsichten führten zwar die FDP zu gelegentlichem Aufbegehren, aber es ging nicht soweit, um den Weg der einseitigen militärischen Bindungen der Bundesrepublik an das Paktsystem der Westmächte jemals ernsthaft in Frage zu stellen. Die zweitstärkste Koalitionspartei stimmte geschlossen jenen Pariser Verträgen zu, die sich heute, wie Genf zeigt, als Sperrblock für die Wiedervereinigung erweisen; sie verfocht lange Zeit eine Politik der Stärke, deren Unwirklichkeit sich gerade in diesen Tagen enthüllt. Die Sowjetunion ließ sich davon überhaupt nicht beeindrucken, die Vorstellung, sie werde nur dann in der deutschen Frage Zugeständnisse machen, wenn sie am Verhandlungstisch sozusagen mit dem geladenen Revolver dazu gezwungen wird, wird in Genf auf drastische Weise widerlegt.

Die Münchner Rede Dr. Dehlers ist der Niederschlag von Zweifeln und bitteren Selbsterkenntnissen. In stillen Stunden mag sich auch ein Dr. Dehler eingesehen haben, dass der außenpolitische Weg der Bundesrepublik statt zur Wiedervereinigung von ihr hinwegführt. Aber mit Redauern allein über verlorene kostbare Jahre wird freilich der Kreis nicht durchbrochen, in den Bonn Außenpolitik geraten ist.

* * *